



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

21. Sitzung (öffentlich)

16. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

8:30 Uhr bis 9:50 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Drucksache 14/2850 (Ergänzung)
Vorlagen 14/621 und 14/695
Zuschriften 14/535, 14/552, 14/556, 14/579, 14/630

sowie

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Der Ausschuss berät die Änderungsanträge der Fraktionen zu Einzelplan 15. Die Begründungen und Abstimmungsergebnisse sind der Anlage zu Vorlage 14/821 zu entnehmen.

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt Einzelplan 15 in unveränderter Fassung mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

2 Verschiedenes

8

Stellungnahme des Ministers Armin Laschet zu einem Artikel im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 04.11.2006 - Stichwort kostenfreies letztes Kindergartenjahr.

- Kurze Aussprache.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Drucksache 14/2850 (Ergänzung)
Vorlagen 14/621 und 14/695
Zuschriften 14/535, 14/552, 14/556, 14/579, 14/630

sowie

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

Britta Altenkamp (SPD) kommt auf **Kapitel 15 040 - Kinder- und Jugendhilfe -, Titelgruppe 61 - Kinder- und Jugendförderplan** - zu sprechen - vgl. Drucksache 14/2850 (Ergänzung), Seite 393. Sie bitte, zu folgender Formulierung Stellung zu nehmen:

„Die sich hieraus ergebende Gesamtfördersumme je Jugendamt wurde zur Sicherung der pädagogischen Arbeit und der Einrichtung festgeschrieben. Die Höhe der fachbezogenen Pauschale wird ermittelt aus dem jeweiligen Anteil, bezogen auf die Fördersumme des Jahres 1998 im Verhältnis zur Gesamtfördersumme des Jahres 2007 (25,0 Millionen €).“

Die Rednerin kommt auf Kapitel 15 055 - Generationen und Familie - Titel 231 10 - Erstattung des Bundesanteils an den Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz - zu sprechen. Im Nachtragshaushalt sei dieser Titel bereits erhöht worden. Der Finanzminister habe wiederholt im Haushalts- und Finanzausschuss erklärt, er wolle nach Möglichkeit Nachtragshaushalte vermeiden. Da wäre doch ein realistischerer Ansatz denkbar gewesen.

Abteilungsleiter Klaus Schäfer (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration) gibt an, 1998 habe es eine Umstellung des Landesjugendplans mit Blick auf die Position „offene Jugendarbeit“ gegeben. Statt der Einzelförderung bilde man jetzt Pauschalen.

Die kommunalen Spitzenverbände hätten gefordert, bei den Fördersummen für die offene Jugendarbeit zu bleiben und keine einrichtungsbezogene Förderung vorzunehmen. Beispielsweise seien die Abenteuerspielplätze mit in die Förderung aufgenommen worden.

Auf eine Nachfrage von **Britta Altenkamp (SPD)** bestätigt **Regierungsangestellter Klaus Schäfer (MGFFI)**, in den 25 Millionen € Gesamtfördersumme des Jahres 2007 seien 5 Millionen € Anpassung enthalten. Jede Kommune habe entsprechend ihrem prozentualen Anteil einen Zuschlag bekommen.

Ministerialrat Karl-Heinz Kolenbrander (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration) ergänzt, mit dem Nachtrag würden 18 Millionen € mehr für Betriebskostenzuschüsse nach dem GTK zur Verfügung gestellt.

Was das Unterhaltsvorschussgesetz angehe, so habe es im Jahre 2006 eine überplanmäßige Ausgabe gegeben. Infolge sei der Haushaltsansatz für das Jahr 2007 aufgrund steigender Fallzahlen angepasst worden. Der Ansatz entspreche den Ist-Ausgaben des Jahres 2006.

Sodann **berät** der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** die Änderungsanträge der Fraktionen zu Einzelplan 15. Die Begründungen und Abstimmungsergebnisse sind der **Anlage** zu **Vorlage 14/821** zu entnehmen.

Im **Protokoll** werden nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die wesentlich über die Darstellung in der Vorlage 14/821 hinausgehen.

Britta Altenkamp (SPD) erklärt, viele Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fänden die Zustimmung der SPD-Fraktion. Aufgrund der vorgeschlagenen Deckungen - Thema Steinkohlenförderung - werde sich ihre Fraktion in der Abstimmung über die Anträge der Grünen der Stimme enthalten. Das betreffe allerdings nicht den Antrag zum GTK, der ein anderes Vorgehen verlange.

Ihre Fraktion werde die Deckungsvorschläge im HFA - so wie in der Haushaltsplanberatung zum Haushaltsjahr 2006 - aufführen. Von daher könne sich der Ausschuss jetzt nicht intensiver mit den Vorstellungen über einzelne Punkte auseinander setzen.

Marie-Theres Kastner (CDU) hält geordnetes Beratungsverfahren aufgrund der Tatsache, dass die Änderungsanträge erst jetzt auf dem Tisch lägen, für nicht möglich.

Britta Altenkamp (SPD) entgegnet, die Änderungsanträge seien bereits vor vier Tagen dem Ausschussesekretariat zugegangen.

Christian Lindner (FDP) erklärt, seine Fraktion werde den Anträgen von den Grünen nicht zustimmen, obwohl man mit Blick auf die Steinkohleförderung eine ähnliche Auffassung vertrete. Es sei nicht seriös, mit irgendwelchen Steinkohlesubventionen zu rechnen, so wie es die Grünen täten. Da gebe es nämlich Verträge, die man nicht einfach durch ein Haushaltsgesetz kündigen könne. Die Gelder stünden erst ab dem Jahre 2009 zur Verfügung. Dann würde auch seine Fraktion lieber „Kinder statt Steinkohle“ fördern. Von der SPD-Fraktion kenne er die Gegenfinanzierungsvorschläge nicht. Seine Fraktion werde diesen Anträgen jetzt nicht zustimmen.

Was die Titelgruppe 61 - Kinder- und Jugendförderplan - angehe, so schlage die SPD in einem ihrer Änderungsanträge eine Erhöhung auf 70.500 € vor. Er habe in Erinnerung, dass es in diesem Zusammenhang einmal um ganz andere Zahlen gegangen sei. Er bitte um Stellungnahme.

Andrea Asch (GRÜNE) merkt an, auch die Änderungsanträge ihrer Fraktion seien dem Ausschussesekretariat rechtzeitig übermittelt worden. Sie sei davon ausgegangen, dass sich die anderen Fraktionen darüber ein Meinungsbild hätten machen können.

Britta Altenkamp (SPD) betont, das Jugendfördergesetz sei mit dem Haushalt 2006 beschlossen worden und gelte bis zum Jahre 2010.

Ihre Fraktion meine, dass die 4,5 Millionen €, die zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt worden seien, in den Kinder- und Jugendförderplan gehörten. Der Landesjugendplan in Höhe von 75 Millionen € sei weiterhin unterfinanziert. Es bringe auch nicht viel, wenn ihre Fraktion jedes Jahr eine Erhöhung vom 20 Millionen € beantrage. Das werde sowieso abgelehnt. Da das Jugendfördergesetz bis zum Jahre 2010 gelte, werde ihre Fraktion ab dem Jahre 2010 20 Millionen € mehr in den Haushalt einstellen.

Christian Lindner (FDP) bittet darum, das Protokoll über diesen Punkt rasch zu erstellen.

Den Aufruf des lfd. Antrags Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 040 - Kinder- und Jugendhilfe - Titelgruppe 61 - Kinder- und Jugendförderplan** - nimmt **Andrea Asch (GRÜNE)** zum Anlass darauf hinzuweisen, dass sich gezeigt habe, dass der Ansatz von 75 Millionen € plus Sonderprogramm nicht ausreiche. Ihre Fraktion beantrage, den Ansatz auf die den Verbänden zugesagte Summe von 96 Millionen € zu erhöhen.

Andrea Asch (GRÜNE) entgegnet, bei den Kindertageseinrichtungen werde die vollkommene Rücknahme der Kürzungen beantragt. Das mache keinen Sinn.

Christian Lindner (FDP) ist davon überzeugt, dass die Zuwendungsempfänger in puncto Planungssicherheit davon ausgehen könnten, dass sie ein bestimmtes Niveau erhielten. Die SPD habe in den vergangenen Haushaltsplanberatungen den Eindruck erweckt, alles sei problemlos finanzierbar. Annehmbare Gegenfinanzierungsvorschläge seien nicht vorgelegt worden trotz der öffentlichen Einlassungen anlässlich der Volksinitiative, die ja eine gewisse Schärfe aufgewiesen hätten. Sich auf eine rein formale Umbuchung zurückzuziehen, halte er für mehr als fragwürdig.

Britta Altenkamp (SPD) spricht sich dafür aus, den Landesjugendplan um 4,5 Millionen € aufzustocken.

Angesichts der Planungssicherheit bis 2010 sei diese Art der Auseinandersetzung nicht ehrlich. Mit Sicherheit würde die FDP einem gleichlautenden Antrag der SPD - auch mit entsprechenden Deckungsvorschlägen - nicht zustimmen.

Walter Kern (CDU) merkt an, der Ansatz für den Jugendförderplan habe unter der alten Landesregierung 75,1 Millionen € betragen. Die 4,5 Millionen €, die für soziale Brennpunkte vorgesehen gewesen seien, seien jetzt zusätzlich und führten zu mehr Qualität. Die Verbände könnten damit nachhaltig rechnen.

Britta Altenkamp (SPD) stellt richtig, damals seien nicht 75 Millionen € für den Jugendförderplan in den Landeshaushalt eingestellt gewesen, sondern mit dem Nachtrag über 80 Millionen €.

Andrea Asch (GRÜNE) legt dar, in den Haushaltsberatungen 2006 habe man darüber diskutiert, ob es sinnvoll sei, Sonderprogramme außerhalb des Landesjugendplans einzurichten. Herr Tenhumberg habe damals vorgeschlagen, dass der Ausschuss einen Appell an die Landesregierung richte. Das sei nicht geschehen. Sie halte es angesichts der Kürzungen für sinnvoll, dieses Sonderprogramm in den Landesjugendplan zu integrieren. Die 96 Millionen € seien nach wie vor notwendig.

Der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 040 - Kinder- und Jugendhilfe -Titelgruppe 61 - Kinder- und Jugendförderplan** - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss** lehnt sodann den Antrag der SPD-Fraktion zu **Kapitel 15 040 - Kinder- und Jugendhilfe -Titelgruppe 61 - Kinder- und Jugendförderplan** - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

Den Aufruf des **lfd. Antrags Nr. 11** der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 045 - Entwicklungspolitik und internationale Zusammenarbeit - Titel 633 00 - Zuweisungen für kommunale Entwicklung und Zusammenarbeit** - nimmt **Andrea Asch (GRÜNE)** zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass die Entwicklungszusammenarbeit, die Eine-Welt-Politik längst nicht mehr den Stellenwert unter der neuen Landesregierung hätten wie unter Rot-Grün. Während im letzten Jahr für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit noch 300.000 € zur Verfügung gestellt worden seien, werde dieser Titel nun ganz gestrichen.

Kirchliche Gruppen, Eine-Welt-Gruppen vor Ort hätten diese vorrangig ehrenamtliche Arbeit gemacht. Sie erinnere an die Proteste der Oberbürgermeister, die sich für die Aufrechterhaltung dieses Ansatzes eingesetzt hätten. Jetzt werde ein Kahlschlag vollzogen.

Christian Lindner (FDP) betont, immer noch sei Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Bundesländern in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit führend. Wenn man die Maßnahmen der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ hinzunehme, finde man kein Bundesland - die Stadtstaaten ausgenommen -, das sich in vergleichbarer Weise in dem Politikfeld engagiere.

Im vergangenen Jahr seien noch 300.000 € verausgabt worden. Diese Gelder seien mit Blick auf die vorläufige Haushaltsführung bereits bewilligt gewesen. Die Koalitionsfraktionen hätten sich darauf verständigt, dass es jetzt keine pauschale Förderung pro Einwohner mehr geben solle. Im Unterschied zu anderen Programmen sei dieses Programm nicht evaluiert worden. Es liege keine Übersicht über die geförderten Maßnahmen vor. Manche hätten die Projekte an die Bezirksregierung Düsseldorf gemeldet, andere hätten das nicht getan. Er halte es für nicht sinnvoll, ein solches Programm, das Mitnahmeeffekte produziere, weiter zu finanzieren. Andere etwas veränderte Programme, die eine positive Wirkung wie etwa das Koordinatorenprogramm entfalteteten, würden nach einer inhaltlichen Überarbeitung zukünftig weiter finanziert.

Der frühere Ministerpräsident Peer Steinbrück habe gesagt: „Die Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit kann man nicht in einer Haushaltsstelle ermessen“. Dieses Zitat mache er sich zu Eigen. Diese Wertschätzung könne sich nicht darin erschöpfen, dass man diese ehrenamtliche Arbeit überall mit Haushaltsmitteln begleite.

Andrea Asch (GRÜNE) ist über die Aussage erfreut, dass Nordrhein-Westfalen seine bundesweite Vorreiterstellung in der Eine-Welt-Arbeit erhalten wolle. Demnach gebe es eine Art Bestandsgarantie für die Stiftung. Die SPD habe früher andere Äußerungen getätigt. Damals habe die FDP eine Familienstiftung daraus machen wollen. Das sei offenbar vom Tisch.

Zum Programm kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Dieses Programm sei in der Vergangenheit an vielen Stellen nachjustiert worden. Es habe sich verändert; es sei in den Förderrichtlinien angepasst worden. Insofern habe man auf Fehlentwicklungen reagiert. Eine Evaluation sei nur dann möglich, wenn über einen längeren Zeitraum nach festgelegten Richtlinien gearbeitet werde. Sie halte es nicht für machbar, jedes Landesprogramm, das sich in einer Höhe von 1,8 Millionen € bewege, jedes Jahr gründlich zu evaluieren. Die Kommunen vor Ort wüssten am besten, ob das Geld sinnvoll verwendet werde. Insbesondere CDU-Oberbürgermeister kritisierten, dass die Mittel nicht mehr zur Verfügung stünden.

Sie frage Herrn Lindner, für den das Ehrenamt nicht am Geld, sondern an schönen Worten hänge, wie er den jungen Leuten, die z. B. in der Kolpingjugend ehrenamtlich tätig seien, die ihre Freizeit, ihre Wochenenden und Abendstunden opferten, vermitteln wolle, dass keine Gelder für Sachmittel, für die Erstattung von Fahrtkosten zur Verfügung stünden.

Der **Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet**, betont, jedes Politikfeld habe einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Die Zielsetzung, das ganze Land in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu erreichen, werde mit der Neustrukturierung des Koordinatorenprogramms verwirklicht. Jeder Ort in Nord-

rhein-Westfalen werde durch das Koordinatorenprogramm erreicht. Dieses Instrumentarium sei wirkungsvoller als der in Rede stehende Titel. Kein Mensch wisse, wofür die Kommunen die Gelder ausgegeben hätten.

Die Landesregierung lege ein Programm auf, um als Land eine entwicklungspolitische Zielsetzung zu verwirklichen. Er glaube nicht, dass jede einzelne Kommune in der Lage sei, die entwicklungspolitische Zielsetzung des Landes zu bestimmen.

Frau Asch habe davon gesprochen, dass die frühere Landesregierung den Ansatz nachjustiert habe. Er sei immer weiter heruntergefahren worden. Vor Einführung des Euros habe man 50 Pfennig gegeben, am Ende noch 11 Cent. Er habe selber einmal im Stadtrat gesessen und wisse, wie die Haushaltsberatungen bei solchen Titeln vonstatten gingen. Es werde einfach irgendein Programm erfunden. Jetzt gehe man differenzierter vor.

Die Gruppen, die gute Arbeit leisteten, hätten im Jahr 2006 noch Anträge stellen können. Anträge zu kleineren Projekten sollten zukünftig von der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ berücksichtigt werden. Bisher seien von der Stiftung meistens Großprojekte gefördert worden. Viele Eine-Welt-Gruppen, Kommunen und kirchliche Verbände hätten bisher keine Chance gehabt, einen Antrag bei der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ zu stellen. Der neue Stiftungsvorstand habe sich vorgenommen, die ehrenamtliche Arbeit im Sinne von Umwelt und Entwicklung zukünftig zu unterstützen.

Andrea Asch (GRÜNE) bezeichnet es als widersprüchlich, wenn die Landesregierung auf der einen Seite die Drogenberatung, die Aidshilfe kommunalisieren, ihnen aber bei der Förderung der ehrenamtlichen Arbeit in der Entwicklungspolitik die Kompetenz abspreche. Dass der Minister den Kommunen die Kompetenz mit Blick auf diese kleineren Gruppen abspreche, könne sie nur als Fehleinschätzung bezeichnen.

Fest stehe, das Land wolle für diese ehrenamtliche Arbeit keine Gelder mehr zur Verfügung stellen. Die „Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung“ warte gar nicht auf die Anträge, die aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit kämen. Sie hätten gar nicht so viel Mittel, um auch diesen Bereich mitzufinanzieren.

Hier gehe es um eine andere Schwerpunktsetzung, betont **Minister Armin Laschet**. Das viele Geld für die Projekte habe nicht zu den gewünschten Auswirkungen geführt.

Es bleibe den Kommunen unbenommen, die Projekte fortzuführen. Wenn diese Gelder für diese Aufgaben aber vom Land kämen, dann müsste das Land auch wissen, was mit diesen Geldern geschehe. Der Landesrechnungshof frage nach, was mit diesen 1,8 Millionen € geschehen sei. Von keiner einzigen Kommune sei ihm bekannt, was sie mit dem Geld gemacht habe. „Fragen Sie doch nach“, wirft **Monika Düker (GRÜNE)** ein.

Das wäre ein riesiger bürokratischer Aufwand, fährt **Minister Armin Laschet** fort. Niemand habe nachprüfen können, ob die Ziele dieses Topfes verwirklicht worden seien. Im Zuge des Konsolidierungszwanges halte er es für nachvollziehbar, diesen Ansatz zu streichen.

Marie-Theres Kastner (CDU) merkt an, sie spreche sich immer für die Stärkung des Ehrenamtes aus. In den Kommunen würden Landesmittel oft umverteilt, was als lästig empfunden werde. Die Kürzungen in den Kommunen hätten Auswirkungen. Mit dem Hinweis auf die Stiftung könnten die Kommunen aber leben.

Monika Düker (GRÜNE) verweist auf den Stellenwert, den die Entwicklungszusammenarbeit in der Stadt Düsseldorf einnehme. Sie habe die Idee der Pro-Kopf-Finanzierung damals als sehr positiv erachtet. Das habe aber zu einer Fehlsteuerung geführt. In manchen Kommunen seien die Gelder angekommen und für ganz andere Zwecke verwendet worden.

Aufgrund dieser Fehlentwicklungen habe man im Haushalt eine Umstellung vorgenommen, dass die Gelder jetzt nicht mehr mit der Gießkanne verteilt würden, sondern projektbezogen. Wie in den anderen Fördertöpfen auch müsse ein Antrag gestellt werden.

Wenn der Oberbürgermeister Erwin auf den Eine-Welt-Tagen den Eine-Welt-Gruppen in Düsseldorf verspreche, dass die CDU sich für den Erhalt dieser Mittel einsetze, weil es um richtig und gut angelegtes Geld gehe, dann sollte man noch einmal mit ihm reden. Sie kenne einige Projekte, die aus dem Topf finanziert worden seien. Die Systemumstellung habe dazu geführt, dass die Gelder gezielt ausgegeben worden seien.

Minister Armin Laschet entgegnet, diese 1,8 Millionen € seien pro Kopf an die Kommunen gegangen. Anträge seien nicht gestellt worden. Man habe nicht gewusst, wofür die Gelder verwendet worden seien. Im letzten Jahr seien sogar noch 300.000 € übrig geblieben. Die Abwicklung sei von der Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH - InWEnt - vorgenommen worden.

Es sei in der Tat beispielhaft, wie diese Entwicklungszusammenarbeit in der Stadt Düsseldorf laufe. Er verweise auf die Eine-Welt-Tage. Die Stadt Düsseldorf gebe sogar eigene Mittel dazu.

Christian Lindner (FDP) bestätigt, dass in Düsseldorf sehr gute Arbeit geleistet werde. Er habe Gespräche mit dem Eine-Welt-Netz Düsseldorf geführt. Das sei aber nicht repräsentativ für andere Kommunen. Andere Kommunen, in denen auch Koordinatoren als hauptamtliche Kräfte tätig seien, würden ebenfalls sehr erfolgreich arbeiten. Das sei aber flächendeckend nicht zu erreichen. Der Koordinator in Düsseldorf solle auch in Mettmann und Umgebung tätig sein. Insofern gebe es eine Schwerpunktverschiebung. Auch mit Blick auf das Fundraising sollten die Gruppen vor Ort unterstützt werden.

Wenn man aus dem Ansatz von 1,8 Millionen € ein Antragsverfahren machen würde, dann könne man sich in die Anzahl der Arbeitsstunden ausrechnen, bezogen auf die 396 Kommunen, die die Anträge zu bewilligen hätten. Er glaube nicht, dass der Verwaltungsaufwand, verglichen mit der Programmgröße, verhältnismäßig sei. Bei öffentlichen Gütern gehe es nicht nur um die Frage der Kompetenz, man müsse auch den Verwaltungsaufwand berücksichtigen.

In diesem Fall sei das Programm zu klein, als dass man es in einer landesweiten, fachbezogenen Förderrichtlinie verausgaben könne. Die pauschalierte Verausgabung habe Mitnahmeeffekte produziert. Das Programm werde gestrichen.

Thomas Jarzombek (CDU) verweist auf die hervorragende Arbeit der engagierten Gruppen, Initiativen und Kirchengemeinden in Düsseldorf. Der Geschäftsführer des Eine-Welt-Forums Düsseldorf, Herr Ladislav Ciki, gestalte die Arbeit hervorragend. Das könne aber nur deshalb geschehen, weil Düsseldorf von der Einwohnerzahl her groß genug sei, um überhaupt sinnvoll arbeiten zu können. Zum Zweiten habe man die Unterstützung des Oberbürgermeisters. In manchen Kommunen seien die Oberbürgermeister weniger an den Themen interessiert. Oft seien die Projekte sehr kleinteilig. Er begrüße die Umstellung, die jetzt vorgenommen werde.

Renate Hendricks (SPD) regt an, die Projekte, die von der „Stiftung für Umwelt und Entwicklung“ gefördert würden, einmal im Ausschuss vorzustellen. Sie wüsste gerne, wie viele Gelder der Stiftung zukünftig zur Verfügung stünden. Auch frage sie, wie sichergestellt werden solle, dass die kleineren Projekte auch in das Genehmigungsverfahren hineinkämen.

Minister Armin Laschet antwortet, wie viele Gelder der Stiftung zur Verfügung stehe, stehe im Haushaltsplan. Dabei handele es sich um Zuweisungen aus der Oddset-Wette. Die Summen gingen drastisch herunter. Die Stiftung müsse ihre Aufgaben öffentlich bekannt geben. Er halte es sinnvoll, die Stiftung zu bitten, die kleineren Projekte, die von ihr gefördert worden seien, einmal vorzustellen.

Ralf Witzel (FDP) führt an, die Stiftung verfüge über mehr Gelder, wenn sie sich durch eigene Arbeit bemühe, auch private Ressourcen einzuwerben, Netzwerkarbeit zu betreiben, Mittel Dritter einzuwerben. Es reiche nicht, Gelder des Staates zu verteilen. Die Stiftung als Netzwerkpartner baue zu anderen Geldgebern Brücken auf, um auch mehr Projekte auf den Weg bringen zu können. Die Stiftung arbeite umso solider, je mehr es ihr gelinge, Vernetzungen, Brücken zu externen Geldgebern zu schlagen.

Der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt Einzelplan 15** in unveränderter Fassung mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

2 Verschiedenes

Vorsitzende Andrea Milz verweist auf ein Schreiben der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem darum gebeten werde, dass der Minister zu einem Artikel im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 04.11.2006 - Stichwort kostenfreies letztes Kindergartenjahr - Stellung nehme.